

Liebe Leserin, lieber Leser



Dagmar Heuberger

Das Sterben der Tante-Emma-Lädeli war gestern. Jetzt erfasst der Branchenwandel auch die Non-Food-Händler. Seit 2010 ging die Zahl der Filialen der Fachhändler um 28 Prozent zurück. Betroffen sind vor allem die Mode- und Schuhhändler: Switcher, Bata, Pasito, Companys, Jeans & Co., Yendi, Bernie's, Charles Vögele, Schild, Blackout mussten in den letzten Jahren einen Grossteil ihrer Filialen schliessen. Jüngstes Beispiel ist Charles-Vögele-Nachfolger OVS, der gestern sämtlichen Mitarbeitern kündigte. Doch es gibt auch Gewinner – welche, lesen Sie auf Seite Wirtschaft.

Frage des Tages

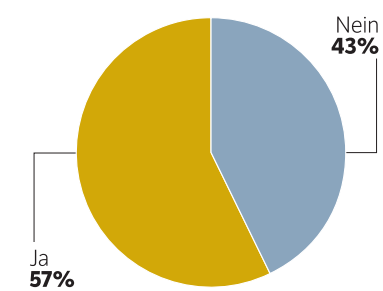
Drückt die Schweiz bei Korruption in der Politik beide Augen zu?

Ja Nein

Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch www.bzbasel.ch www.baselandschaftliche.ch www.solothurnerzeitung.ch www.grenchnerzeitung.ch www.limmattalerzeitung.ch www.ostschweizerzeitung.ch «Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage» Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Fühlen Sie sich von Ihrem Arzt verstanden?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/media/thek/videos



Dieser nackte Kater orakelt über das WM-Spiel gegen Costa Rica.

Kochen REZEPT DES TAGES

Kirsch-Crostata

Zutaten für 12 Stück

- Belag: 750 g Kirschen, 100 g Zucker, 1 Esslöffel Zitronensaft, 1 dl Rotwein oder Kirschschnaps, 1/2 Teelöffel Chilipulver. Teig: 300 g Mehl, 1 Prise Salz, 150 g Butter, 50 g Zucker, 1 Päckchen Bourbon-Vanillezucker, 1 Ei, 1 Eigelb. Zum Fertigmachen: 1 Eigelb, 1 Esslöffel Rahm.

Das Rezept zur Einkaufsliste finden Sie unter: www.wildeisen.ch

Korruption in der Politik Welches Mass erträgt es in der Schweiz?

Die Grauzone bietet Raum zur Mauschelei

Seit der Affäre um den Genfer Staatsrat Pierre Maudet stellt sich die Frage: Wie korrupt ist die Schweizer Politik? Gesetzlich liegt derart viel im Argen, dass der Strafrechtswissenschaftler Mark Pieth von einer «gekauften Demokratie» spricht.

VON DENNIS BÜHLER

Mitten in der Stadt Zürich, auf der Hegnamatte oberhalb des heutigen Bahnhof Stadelhofen, wird Hans Waldmann am 6. April 1489 vor den Blicken Tausender Zuschauer enthauptet. Nicht sein einziges, aber ein entscheidendes Vergehen: Der Bürgermeister hat sich bestechen lassen. Vom Herzogtum Mailand erhielt er zwei Jahre zuvor 4000 Dukaten, als er als vermeintlich unabhängiger Schlichter in einer Grenzstreitigkeit mit dem Wallis zu entscheiden hatte.

Fünfeinhalb Jahrhunderte später spielt Korruption in Politik und Wirtschaft noch immer eine nicht zu unterschätzende Rolle, wird aber zumindest in Europa glücklicherweise nicht mehr mit dem Tod bestraft. Unglücklicherweise allerdings bleibt sie in der Regel gar ganz unbetrachtet. Denn: Bei Bestechungsfällen gibt es, wenigstens auf den ersten Blick, keine Opfer. Sondern nur Täter. Anzeige erstattet wird deshalb nur in Ausnahmefällen, und meist stossen Ermittler auf eine kaum überwindbare Mauer des Schweigens. «Korruptionfälle sind sehr schwer aufzudecken, weil alle Beteiligten davon profitieren», sagt Martin Hilti, Geschäftsführer von Transparency International Schweiz. Entsprechend gehe man von einer Dunkelziffer von 98 Prozent aus. «Öffentlich bekannt wird nur die Spitze des Eisbergs.»

«Definitiv kein Urlaub»

Definiert wird Korruption von Hiltis Organisation als «Missbrauch einer unvertrauten Machtstellung zu privatem Nutzen», womit sie weit über strafrechtlich Relevantes hinausgeht. Doch auch im Strafgesetzbuch sind seit Jahren Tatbestände verankert, die als Offizialdelikte von Amtes wegen verfolgt werden müssten: aktive und passive Bestechung sowie Vorteilsgewährung und -annahme. Steht das erste Delikt

im Zusammenhang mit einer konkreten Amtshandlung, geht es beim zweiten um reine Klimapflege.

In welchen Bereich die Abu-Dhabi-Reise des Genfer Staatsrats Pierre Maudet fällt, die das Thema Korruption jüngst wieder in den Fokus rückte, ist offen – genauso wie bei den gestern vom «Tages-Anzeiger» bekannt gemachten Russland-Reisen des Waadtländer Finanzdirektors Pascal Broulis (beide FDP, siehe Kästen rechts).

Die Reise sei ausschliesslich privater Natur gewesen, sagt Maudet, ein Gegen-Geschäft für die Übernahme der Reisekosten habe es nicht gegeben. Strafrechtswissenschaftler Mark Pieth von der Universität Basel will diese Ausrede nicht gelten lassen. «Wenn Maudet in Abu Dhabi Staatsvertreter zu Gesprächen trifft, ist der Amtsbezug gegeben», sagt er. «Das war definitiv kein Urlaub.» Dass Maudet Ende Mai dennoch zum Genfer Regierungspräsidenten gewählt wurde, sei typisch für die Schweizer Politik. «In solchen Fällen schauen auch politische Gegner lieber weg als genau hin.»

Kultur des Entgegennehmens

Auch Martin Hilti sieht im Fall Maudet ein Paradebeispiel und nicht ein selbsten Vergehen. «Im besten Falle sind Schweizer Politikerinnen und Politiker eher bereit, sich für die Entstehung von Interessenkonflikten und Abhängigkeiten», sagt er. «Im schlechteren Falle erliegen sie den Versuchungen, die ihre Machtposition mitbringt, oder nehmen offerierte Vorteile auch einfach aus Bequemlichkeit an.» Noch immer herrsche in der Schweizer Politik «eine ungesunde und gefährliche Kultur der Einladungen und Geschenke».

Höchst problematisch sei, dass es an verbindlichen Regeln fehle. «Die bestehende Grauzone zur Korruption gibt unseren Politikern Raum zur Mauschelei.» Tatsächlich hiess es etwa in einem Schreiben des Ratsbüros zuhanden der neugewählten eidgenössischen Parlamentarier zu Beginn der laufenden Legislatur lapidar: «Es liegt in der Selbstverantwortung der Ratsmitglieder, zu



Illustration of a hand holding a bag of money labeled 'SFr.' (continued from previous block)

entscheiden, wenn ihre Unabhängigkeit durch die Annahme von Geschenken oder anderen Vorteilen eingeschränkt wird und ihr Verhalten damit strafrechtlich sanktioniert werden könnte.» Auch in den nach wie vor gültigen Empfehlungen des Büros aus dem Jahr 2007 wird kein Maximalbetrag definiert, den Geschenke in ihrem Wert übersteigen dürfen. Ein Blumenstrauß oder eine Flasche Wein: für das Ratsbüro «ohne weiteres von der Strafbarkeit auszuschliessen». Und auch Einladungen zu Essen oder zu kulturellen und sportlichen Anlässen könne bedenkenlos Folge geleistet werden, selbst wenn dafür einige hundert Franken ausgegeben würden. Doch was, wenn die Sponsoren – wie regelmässig beispielsweise beim Filmfestival in Locarno – auch noch eine Übernachtung in einem Vier- oder Fünf-Sterne-Hotel hinzufügen?

In einem Punkt immerhin sind die Empfehlungen des Ratsbüros relativ klar: National- und Ständeräten, die von Interessensorganisationen auf eine Reise eingeladen werden, wird geraten, selbst für die Kosten aufzukommen. Freilich halten sich längst nicht alle daran, wie die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wie wegen einer geplanten Parlamentarier-Reise auf Einladung der Nagra zeigen (siehe Kästen rechts). Verbindlich sind die Empfehlungen des Ratsbüros ohnehin nicht – weil es das Parlament so will. Als die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt 2016 mittels parlamentarischer Initiative forderte, den genannten Passus betreffend Reisekosten ins Parlamentsgesetz zu übernehmen, blieb sie chancenlos. Mit vereinter Kraft botigten SVP, FDP, CVP und BDP das Ansinnen.

Seit Jahrzehnten wehren sich insbesondere der Freisinn und die Schweizerische Volkspartei erfolgreich gegen Transparenz in der Politik-, Parteien- und Abstammungsfinanzierung. Hauchdünn gewannen die beiden Parteien zu-

letzt in der zurückliegenden Session eine Abstimmung, bei der es um Nebenbeschäftigungen ging. 93 Nationalräte waren gegen eine Deklarationspflicht, mit der Ratsmitglieder fortan hätten angeben müssen, ob sie ein Nebenamt ehrenamtlich oder bezahlt ausüben. 92 waren dafür.

Korruptionsexperte Pieth kritisiert den Entscheid scharf: «Die Schweiz nimmt in Kauf, eine gekaufte Demokratie zu sein.» Wenn ein Politiker zusätzlich zu seinem Parlamentariergehalt eine hunderttausend Franken verdiene, sei dies zwar nicht a priori falsch, sagt er durch sein Engagement für einen ethisch korrekt geführten Weltfussballverband Fifa international bekannt gewordene Bündner; doch müssten die Stimmbürger zwingend darüber informiert werden.

Mangels Transparenz wisse beispielsweise kaum jemand, dass rund 70 National- und Ständeräte «von der Tabak-Industrie gekauft sind», wie Pieth sagt. Die Abhängigkeit, welche die Tabaklobby mit der Vermittlung lukrativer Mandate geschickt aufrechterhalte, verhindere jeden nachhaltigen Kampf gegen die gesundheitsschädigende Droge. «Deshalb darf in der Schweiz nach wie vor bedeutend hemmungslöser für Tabakprodukte geworben werden als in jedem anderen europäischen Land.» Unabhängig davon, ob Pieth mit seiner Unterstellung recht hat: Fakt ist, dass die Räte kürzlich sämtliche vom Bundesrat zulasten der Branche vorgeschlagene Verschärfungen aus dem Tabaksteuer- und aus dem Tabakproduktegesetz strichen.

Rücktritte sind die Ausnahme

Trotz Kritik aus berufenem Munde: Im internationalen Vergleich steht die Schweiz gar nicht mal so schlecht da. So belegt sie im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International, der die im öffentlichen Sektor herrschende Korruption misst, hinter

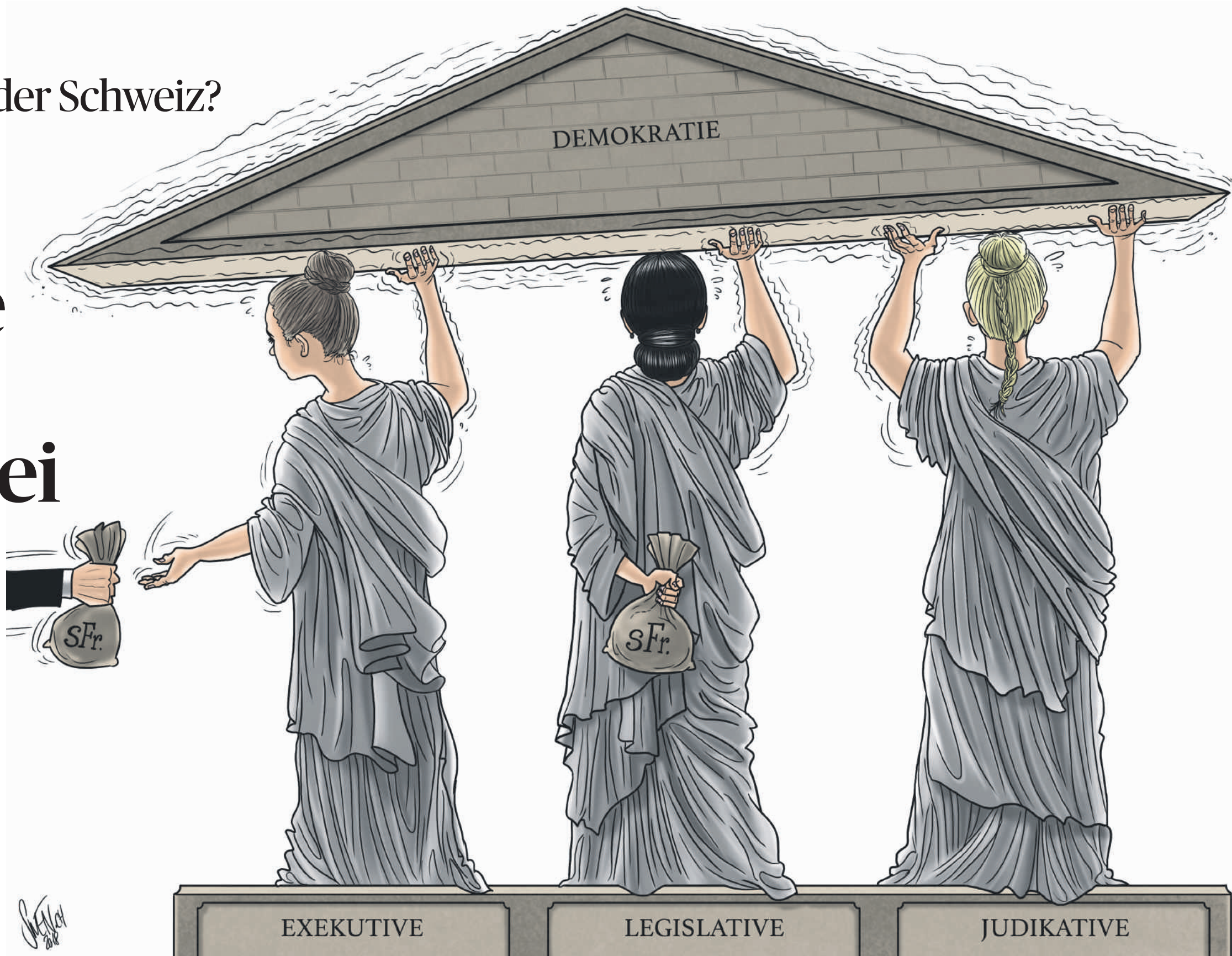
Neuseeland und Dänemark aktuell gemeinsam mit Finnland und Norwegen Rang drei. Auch genossen die staatlichen Behörden grosses Vertrauen: Nur elf Prozent der 2016 von derselben Organisation befragten Schweizer glauben, die meisten oder alle Parlamentarier seien korrupt. In Bezug auf die Mitglieder des Bundesrats liegt der Wert bei bloss acht Prozent.

Sogar wenn das Vertrauen in einem Einzelfall mal empfindlich gestört ist und ein Politiker der Korruption dringend verdächtigt wird, scheidet er hierzulande nicht zwingend aus dem Amt aus. Eher wächst nach einigen Wochen am medialen Pranger Gras über die Sache, und spätestens nach ein paar Monaten ist der Skandal erfolgreich ausgeessen. Zu Verurteilungen wegen Bestechung oder Vorteilsannahme kommt es in der Schweiz ohnehin höchst selten – nur schon deshalb, weil die meisten Fälle strafrechtlich gar nicht erst verfolgt werden können, weil die Parlamentskollegen die Immunität des fehlbaren Politikers nicht aufheben, wie beim Fall um den Basler SVP-Nationalrat Christian Miesch (siehe rechts).

Was der Fall Waldmann uns lehrt

Teuer bezahlen muss sein korruptes Verhalten meist nur derjenige Politiker, der die Unterstützung der eigenen Gilde verliert, etwa weil er seinen Kolleginnen und Kollegen allzu fest auf den Schlitzen getreten ist oder weil diese ihre Haut nur retten können, wenn sie ihn fallen lassen. So wie im Mittelalter Bürgermeister Waldmann. Ihn köpften die Zürcher nicht nur, weil er Bestechungsgeld entgegengenommen hatte, sondern auch aus Neid, da er das Machtgefüge zum Bersten gebracht hatte: Obwohl sich damals eigentlich zwei bis drei Bürgermeister das Amt hätten teilen sollen, schwang sich Waldmann ungehört an die Spitze. Er endete auf dem Schafot.

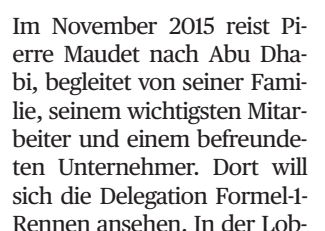
Mit diesem Text verabschiedet sich Dennis Bühler. Er berichtete während der letzten fünf Jahre aus dem Bundeshaus.



KARIKATUR: SILVAN WEGMANN

Fälle in der Schweiz, die zu reden gaben und noch zu reden geben

Maudet Familien-Ausflug an Formel-1-GP in Abu Dhabi



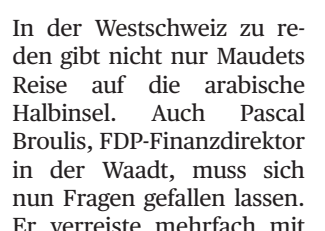
Pierre Maudet.

Im November 2015 reist Pierre Maudet nach Abu Dhabi, begleitet von seiner Familie, seinem wichtigsten Mitarbeiter und einem befreundeten Unternehmer. Dort will sich die Delegation Formel-1-Rennen ansehen. In der Lobby des Fünf-Sterne-Hotels trifft Maudet auf Mohammed bin Zayed al Nahyan, den Kronprinzen des Emirats, mit dem er «über dieses und jenes» spricht, wie er später zu Protokoll gibt. Der Thronfolger amtiert auch als Verteidigungs- und Transportminister. Als Journalisten einige Monate später recherchierten, wer für die Reisekosten aufkommen ist, verheddert sich Maudet in Widersprüche. Im Mai dieses Jahres schliesslich gibt der FDP-Politiker zu: Er hat die Reise nicht selbst bezahlt, sondern sich von einem

Genfer Geschäftsmann mit libanesischen Wurzeln einladen lassen. Die Staatsanwaltschaft leitet Ermittlungen ein wegen Vorteilsnahme, trotzdem wird Maudet – für den die Unschuldsvermutung gilt – vor wenigen Wochen zum Regierungspräsidenten gewählt.

Ein Gegengeschäft habe es nicht gegeben, versichert der 40-jährige. Doch Zweifel bleiben. Sie werden genährt, als RTS aufdeckt, dass der Flughafen Genf zum Zeitpunkt von Maudets Reise dabei war, zwei Konzessionen für die Bodenabfertigung zu vergeben. Später erhielt neben Swisstop auch das Unternehmen Dnata den Zuschlag. Pikant: Es hat seinen Hauptsitz in den Emiraten und wird von dessen Transportministerium kontrolliert. (DBU)

Broulis Abenteuerliche Russland-Reisen



Pascal Broulis.

In der Westschweiz zu reden gibt nicht nur Maudets Reise auf die arabische Halbinsel. Auch Pascal Broulis, FDP-Finanzdirektor in der Waadt, muss sich nun Fragen gefallen lassen. Er verreisete mehrfach mit Frederik Paulsen, einem in der Waadt steuerpflichtigen Milliardär, nach Russland, schreibt der «Tages-Anzeiger» in seiner Ausgabe von gestern. Paulsen vertritt Russland als Honorarkonsul in Lausanne und soll beste Beziehungen zur russischen Führung haben. 2008 verlieh ihm Präsident Wladimir Putin den Orden der Freundschaft. Auf den Reiseleuten taucht nicht nur der Name

Broulis auf, unter ihnen sind auch alt Bundesrat Pascal Couchepin und die ehemalige Freiburger CVP-Regierungsrätin und heutige Direktorin des Bundesamts für Kultur, Isabelle Chassot.

Broulis sagt, es handle sich um private Reisen, Zahlungsbelege legte er der Zeitung allerdings keine vor und Aussagen anderer Reiseteilnehmer werfen die Frage auf, ob die vollen Reisekosten in Rechnung gestellt wurden. Es stellt sich also die Frage, ob Reisen eines Finanzdirektors mit einem seiner Besonderen Steuerzahler als strikt privat bezeichnet werden können. (NCH)

Nagra Parlamentarier nach Schweden eingeladen

Mitte August ist es wieder so weit: Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra), eine Tochtergesellschaft der Schweizer AKW-Betreiber, lädt Politikerinnen und Politiker im Privatjet auf eine mehrtägige «Informationsreise» nach Schweden und Deutschland ein. Bei solchen Reisen übernimmt die Nagra sämtliche Kosten – dieses Mal rund 1500 Franken pro Person.

Man reise ziemlich komfortabel und steige «nicht unbedingt in den schlechtesten Hotels ab», zitierte der «Beobachter», der diese Reise publik machte, im Frühjahr anonym einen Teilnehmer einer früheren Reise. Neue Erkenntnisse brächten die Ausflüge meist nicht. «Das Hauptziel scheint jeweils zu sein,

dass die Nagra-Leute am Schluss mit allen Politikern per Du sind.»

Solche Reisen sind rechtlich heikel. Denn weil die Nagra alle Kosten übernimmt, könnte sie sich strafbar machen: wegen Vorteilsgewährung. Dabei handelt es sich um ein Offizialdelikt, die Justiz müsste von sich aus Ermittlungen aufnehmen. Doch die Sache kam erst ins Rollen, nachdem im Kanton Aargau – wo die Nagra ihren Sitz hat – eine anonyme Anzeige eingegangen war. Wie die dortige Staatsanwaltschaft auf Anfrage der «Nordwestschweiz» bekannt gibt, wird sie die Anzeige in diesen Tagen der Bundesanwaltschaft zustellen. Diese sei zuständig, da es sich bei den Beschuldigten um Bundesparlamentarier handle. (DBU)

Hochseeflotte Chefbeamter liess sich von Reeder einladen

In der Affäre um die Hochseeflotte gibt es verschiedenste Anhaltspunkte auf Korruption und persönliche Bereicherung. Die Hochseeschiffahrt gilt als korruptionsanfällig, hohe Provisionen beim Bau von Schiffen, aber auch beim Unterhalt und Betrieb gehören zum Alltag. Die Schweizer Behörden verstehen mangels Meeranschluss wenig bis nichts vom Geschäft. So wurde die Hochseeschiffahrt zwar vom Bund massiv gefördert, aber nur stiefmütterlich und amateurhaft kontrolliert (siehe auch Seite 6).

Die Pleite einer Flotte kostete den Bund nun bereits über 200 Millionen Franken, wegen Problemen einer weiteren könnten demnächst weitere 100 Millionen Franken folgen.

Es steht der Verdacht im Raum, dass namentlich ein ehemaliger Chefbeamter einen befreundeten Reeder über Gebühr von lukrativen Schiffsbürgschaften des Bundes profitieren

liess. Fest steht, dass sich der Chefbeamte vom Reeder zu zahlreichen angeblichen Inspektionsreisen etwa nach China einladen liess. Er liess sich zudem unmittelbar nach seiner Pensionierung gegen ein fünfstelliges Honorar als Berater anstellen. Beim Reeder besteht unter anderem der Verdacht, dass er beim Bau von Schiffen, die mit Bundesbürgschaften finanziert wurden, hohe Provisionen erhielt.

Im August 2017 reichte das Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Johann Schneider-Ammann Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft ein. Gegen den Reeder ermittelt die Justiz des Kantons Bern, es geht um Verdacht auf Leistungsbetrug und Beamtentbestechung.

Im Fall des ehemaligen Beamten untersucht die Bundesanwaltschaft wegen ungetreuer Amtsführung und Amtsmissbrauch. (HAY)

Kasachstan-Affäre Das 1.-Klasse-GA des SVP-Manns



Christian Miesch.

Wochenlang hielt die «Kasachstan-Affäre» im Sommer 2015 die Schweiz in Atem. Zuerst stand die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder im Zentrum, die im Parlament eine von kasachischen Politikern und Lobbyisten beeinflusste Interpellation eingereicht hatte; auch

mals als Nationalrat bereits ein Gratis-1.-Klasse-GA besass, stellte Miesch im April 2015 Borer wegen seiner Aktivitäten als Sekretär der Gruppe Schweiz-Kasachstan ein SBB-Senioren-1.-Klasse-Generalarab über 4635 Franken in Rechnung.

Beide erklärten, der Betrag sei später zurückbezahlt worden. Die Bundesanwaltschaft wollte trotzdem ein Strafverfahren eröffnen. Bei der Immunitätskommission des National- und der Rechtskommission des Ständerates aber fiel letzte Woche ein Gesuch um Aufhebung der Immunität Mieschs durch. Die Parlamentarier hoben die Immunität ihres Kollegen nicht auf, was eine Bedingung wäre für Ermittlungen gegen Miesch. (DBU)

Filmfestival Locarno Hotel-Übernachtungen für Politiker

Marco Solari malte den Teufel an die Wand: «Es geht um das Überleben von Locarno», warnte der Direktor des Filmfestivals im Sommer 2015. Im Anschluss an die «Kasachstan-Affäre» hatten Medien erstmals genauer hingeschaut, welche Annehmlichkeiten sich Politiker offerieren liessen – und waren auch auf die Einladungspraxis des Festivals gestossen. Jahr für Jahr reisen Dutzende eidgenössische Parlamentarier ins Tessin, wo sie sich nicht nur kostenlos Filme anschauen, sondern sich in der Regel auch in Abendessen und Hotelübernachtungen einladen lassen.

Solari ist nicht der einzige Grossezügler. Auch die langjährige Festival-Partnerin Post lud mehrfach Gäste

aus Wirtschaft und Politik zu Filmvorführungen auf der Piazza Grande ein. Wenn die Gäste wollten, kam sie auch für die Kosten einer Übernachtung auf. Die Klimapflege scheint sich gelohnt zu haben: Trotz Schliessungen von Poststellen hielten sich die Parteien lange mit Kritik zurück.

Ähnlich verfährt Swisso: 23 Mitglieder des nationalen Parlaments lud die Lotteriegesellschaft im August 2017 nach Locarno ein, wie der «Tages-Anzeiger» Anfang Mai berichtete. Ein paar Wochen nach dem Besuch in Locarno berieten National- und Ständerat das Geldspielgesetz zu Ende – und entschieden bei umstrittenen Paragrafen zugunsten der Lotteriegesellschaften. (DBU)